

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

218 (19.9.1907) Zweites Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Zeilensstraße 24.
Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 218.

Zweites Blatt.

Karlsruhe, Donnerstag den 19. September 1907.

27. Jahrgang.

Sozialdemokratischer Parteitag zu Essen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Fortsetzung der Debatte über den parlamentarischen Bericht.

Roske-Ghemmitz: Unter dem freundschaftlichen Eindruck meiner Rede im Reichstage hat keiner der Kollegen an ihr Kritik geübt. Dafür kann ich mich aber auf anerkennende Worte unserer bedeutendsten und angesehensten Führer berufen. Wenn sie sich jetzt nicht verpflichtet fühlen, mich zu danken, so ist das ihre Sache. Es ist richtig, daß ich gar nicht im Auftrag der Fraktion gesprochen habe; schon darum ist der Antrag viel unnütz; ich lasse mich nicht den Mund zubinden. Uebrigens wäre ich nicht einmal der erste, der von der Leipziger Volkszeitung den Maulkorb erhalten müßte. Ich komme erst nach Bebel. Gen. Venzke hat sich darauf berufen, daß die ganze Parteipresse mich verurteilt hätte. In einer Leipziger Versammlung hat er umgekehrt gesagt, er habe erst drei Tage nach meiner Rede abgewartet, ob sich nicht eine andere Parteizeitung darüber äußere. (Heiterkeit.) Ueber die Methoden parteigenösslicher Diskussionen herrscht in keinem Kopf offenbar die größte Verwirrung; sonst würde er seine Bezugnahme auf die Rede des Reichsministers nicht noch entschuldigen. Daß ich die Entstellungen der Leipziger Volkszeitung nicht sofort berichtigt habe, werden mir die Genossen nachfühlen, die schon das zweifelhafte Vergnügen hatten, mit der Leipziger Volkszeitung polemisieren zu müssen. (Heiterkeit.) Da ist schon das Beste, man läßt sie reden und schreiben. Auf die arrogante Bemerkung von Venzke, ich hätte die russische Revolution wohl gar nicht bemerkt, gehe ich nicht weiter ein. Der ganze Kampf gegen mich — er war wieder einmal: Viel Lärm um nichts. (Beifall.)

Leutert-Apolla: Roske hätte wenigstens nachher den Auslegungen der bürgerlichen Presse entgegenzutreten müssen. Aber fühlte er sich vielleicht dem Lobe des Gegners geschmeichelt oder war er verwirrt und der Situation nicht mehr gewachsen. Er hätte deutlich erklären müssen, daß wir nicht in jeden Schritt ziehen werden, die die Verbrechen der Diplomaten anzeigten. (Sehr gut!) Sonst hätte ich seiner christlichen Vaterlandsliebe ganz bei. — Redner tritt dann für die rechtliche Sicherstellung der Wählerarbeit ein.

Denning-Abgeordneter: Roske muß doch das Gewissen gelassen haben, sonst hätte er sich nicht verteidigt, noch ehe ihn jemand angriff. (Heiterkeit.) Die Genossen im Lande verhehlen unseren prinzipiellen Antimilitarismus ganz anders als unsere Fraktionsredner, auch Bebel. (Zustimmung.)

Leutert-Apolla: Roske hätte wenigstens nachher den Esprit der Rede, aber Roskes ganze Rede in ihrem ganzen Zusammenhang war auf den Ton des Kriegerverwehrens geklungen, nicht auf den des Sozialdemokraten. (Beifall.) Immer wieder betont er, offenbar beirrt von dem Ausfall der Reichstagswahlen und fortgerissen von der nationalen Rache, die Notwendigkeit und unseren Wunsch, die Wehrfähigkeit des Volkes zu erhalten, sogar bei der Frage der Beschränkung der Militärartillerie. (Heiterkeit.) Er hat mich in seiner Rede mehrfach desabonnet. Aber ich habe eine Parrenegotiation nie beantragt und bleibe andererseits dabei, daß wir den Soldaten diesen Militärdienst des Dreißigs und der Soldatenmishandlungen vermeiden wollen, daß wir, und zwar auch die wirksamste gesetzliche Disziplin im Heere zu schwächen suchen. (Widerspruch.) In Roskes ganzer Rede findet sich kein Wort über den Klassencharakter des Militarismus, und weil er damit den prinzipiellen Standpunkt der Sozialdemokratie verlassen hat, verdient seine Rede mit Zug und Recht die schärfste Zurückweisung. (Anhaltender, starker Beifall.)

Dr. David-Mainz: Ich freue mich, daß jetzt gerade Stadthagen, der uns einst riet, mit unseren kritischen Reden ins stille Kämmerlein zu gehen für die Freiheit der Kritik eintritt. (Stadthagen: Ja bitte ums Wort!) — Große Heiterkeit. — Für die Leipziger Volkszeitung. Auch das ist ein Zeichen der Zeit. In der Fraktion und in der Parteipresse fand Roskes Rede zunächst keinen Widerspruch; erst die Leipziger Volkszeitung hat ihnen allen ein Licht aufgesteckt. (Heiterkeit.) Der Willkommensgruß der Dortmunder Arbeiterzeitung spricht wenigstens offen von den schlimmen Reden Bebel und Roskes. Auch Liebknecht hätte besser getan, Bebel mitanzugreifen, der sogar für die Abhaltung kriegsmühsamer Märsche und die militärische Jugend-erziehung eingetreten ist im Interesse der Wehrfähigkeit Deutschlands. (Hört! hört!), der immer wieder darauf hingewiesen hat, daß wir in unserem Parteiprogramm nicht die Entwaffnung, sondern die Wehrhaftmachung des ganzen deutschen Volkes verlangen. (Sehr gut!) Aber Roske angreifen und Bebel als Flugblatt in ganz Deutschland verbreiten, das geht nicht an. Wir treten mit aller unserer Macht für den Frieden ein, aber die nationale Selbständigkeit Deutschlands werden wir gegen den, der sie frivol antastet wollen, stets verteidigen. (Beifall.)

Die weitere Debatte wird auf die Nachmittags-Sitzung vertagt.

(Nachmittags-Sitzung.)

Die Nachmittags-Sitzung eröffnete um 3 Uhr Gemoll-Essen. Begrüßungstelegramme sind eingegangen von der holländischen und ungarländischen Arbeiterpartei. (Beifall.) In der fortgesetzten Diskussion über den parlamentarischen Bericht erhält das Wort: **Genratz-Nachen:** Die Hauptfrage der Diskussion dreht sich nicht mehr allein um den Genossen Roske, sondern um die ganze Politik der Reichstagsfraktion, ob sie opportunistisch oder prinzipiell sozialdemokratisch sein soll. Ich denke, gerade in der Zeit, da man gegen die Berliner Schießscharten baut und die Rekruten aufzucht, auf Vater und Mutter zu schießen, hätten wir doppelten Anlaß, unsere prinzipielle Feindschaft stark zu betonen alle Veranlassung. Bebel hat diese prinzipielle

Seite unserer Feindschaft gegen den Militarismus stets hervorgehoben, aber in der ersten Session des neuen Reichstages war die Fraktion nicht auf der Höhe. Roske hat nichts von der Empörung des arbeitenden Volkes den Herrschenden ins Gesicht geschrien, denen man das Vaterland raubt. Wir aber dürfen nie aufhören, die Soldaten, die Jugend über das Menschenunwürdige des heutigen Militärdienstes aufzuklären und über die Peinlichkeit der „christlich-patriotischen“ Kapitalisten, die mit ihren Millionen doch auch im Kriegsfall weit hinter der Front bleiben. (Sehr gut!)

Mara Jettin-Stuttgart: Wir dürfen uns die freieste Kritik auch der Reichstagsfraktion nicht nehmen lassen; sonst sinken wir auf das Niveau der Katholikentage, auf das Niveau agitatorischer Schaukellungen herab. (Sehr gut! und Heiterkeit.) Auch die Fraktion darf nicht Extratouren langem, bei denen eine weniger sozialistische als wild-bürgerliche Melodie geigt wird. (Heiterkeit.) Die Mißstimmung über die diesmalige Haltung der Fraktion beim Militärretat rührt daher, daß man den Eindruck hatte, daß die Fraktion nach den Neuwahlen sich nicht bürgerlich zivilisiert oder bürgerlich gemildert hätte zeigen sollen, sondern sich als Sieger von morgen fühlte und mit aller Schärfe den grundsätzlichen Gegensatz unserer Partei zum heutigen Militarismus zum Ausdruck brachte. Es mußte deutlich gesagt werden, daß die proletarische Solidarität nicht an den Grenzpfählen Halt macht. (Sehr gut!) Es mußte der Unterschied zwischen dem bürgerlichen und dem proletarischen Patriotismus, der im Wesen und nicht im Grade liegt, aufgezeigt werden; der bürgerliche Patriotismus ist konterbass und reaktionär und will das Vaterland nur als Herrschaftsböschung der bestehenden Klassen erhalten, der Patriotismus des Proletariats dagegen ist revolutionär, er will das Vaterland erobern, um es zu einem wirklichen Vaterland für die breite Masse des Volkes zu machen. (Wohlfahrter Beifall.) Gewiß sind wir die kulturellen Erben des bürgerlichen Nationalstaates, aber nur mit dem Seeres kann das Proletariat die Gabe des bürgerlichen Vaterlandes entgegennehmen, Spitze gegen Spitze. (Sehr gut!) Darum können wir gar nicht sagen, wie wir uns bei internationalen Krisen stellen werden; das wird stets von der Situation, vor allem auch von der Höhe und der Macht des Proletariats abhängen. (Sehr wahr!) Der heutige Militarismus hat einen zweifelsichtigen Charakter, er dient als Abwehrmittel gegen den äußeren Feind und als Anrechnungsinstrument gegen den inneren Feind. (Sehr wahr!) Deshalb dürfen wir dem Militarismus nicht die geringste Konzession machen, auch nicht in Worten. (Sehr gut!) Wir müssen unabhängig an der Demotialisierung des Seeres arbeiten, um das Vaterland wirklich erobern zu können, arbeiten aber auch an der Ausschöpfung des Militarismus, an der Revolutionierung der Masse. (Sehr gut!) Ein prinzipieller General soll gesagt haben, daß man schon jetzt einen unpopulären Krieg nicht führen könne, weil die Meeres- so sozialistisch sei. Revolutionieren wir so auch die Köpfe der Jungmannschaften, daß sie nach proletarischer Jugendbeziehung in die Kaserne kommen, unbrauchbar zum Kampfe gegen den inneren Feind. (Sehr gut!) und aufgellert aus über die Pflichten internationale Solidarität. In dieser Aufklärungsarbeit wollen wir proletarische Frauen vorangehen und unsere Kinder lehren, daß es nur einen Feind gibt, den wir alle hassen und eine Freiheit uns alle fremdacht, für die wir alle kämpfen und sterben. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Stadthagen-Berlin: David wird den Sinn dessen, was ich früher und heute über die Freiheit der Kritik gesagt habe, nicht entstellen können. Den guten Rat erst im stillen Kämmerlein die Grundprinzipien des Sozialismus zu studieren, kann ich auch heute nur Recht geben. (Heiterkeit.) Wenn er sich auch wieder wie nach meiner Widerrede in einem bürgerlichen Blatte wie die Sozialistischen Monatshefte darüber beschwert (Erneute Heiterkeit), dabei aber trete ich für die volle Freiheit der Kritik auch gegenüber der Fraktion ein. Wir sollten lieber den ganzen Parlamentarismus einpacken, als die Fraktion hinstellen oberhalb oder unterhalb jeder Kritik. (Heiterkeit und Beifall.) Allerdings in n e r t a l b der Fraktion ist eine schämevollste Kritik der einzelnen Reden nicht üblich. Liebknecht sprach vom Vereiteln des Militärdienstes. Wir sind es nicht, die dem Volke den Militärdienst zu vereiteln haben, sondern der Militärdienst selbst wird durch seine draconischen, barbarischen, das Vaterland schändenden Mißhandlungen der Soldaten und Graufameien etelhaft, unerträglich für das Volk. Wir aber wollen Freiheit des wehrfähigen Volkes, um ein freies Vaterland so zu verteidigen. Vor allem aber bitte ich die Parteigenossen um freieste, rücksichtslose Kritik auch an der Reichstagsfraktion. Hätte sie die Kritik zu scheuen, sollten Sie sie lieber davonjagen. (Beifall.)

Liebknecht-Potsdam: Mißfallen hat uns an Roskes Rede die ganze Tendenz. Immer langsam voran! Und diese sanfte Rede war die Antwort auf das provokatorische Vorkommnis der Einem und Oldenburg zum Militarismus. Das hat weiteren Kreisen der Parteigenossen mißfallen. — Meine Äußerungen sind vielfach mißverstanden worden; auch ich will nicht die Befreiung des Volkes, auch will nicht den Soldaten den Kaserndienst dadurch vereiteln oder die Disziplin dadurch lockern, daß ich dem Soldaten das Leben zur Hölle mache oder sie zur Insubordination oder Rebellion auffordere, sondern ich will eine Verminderung und Beseitigung des militärischen Geistes durch Aufklärung des Proletariats über das Wesen des Klassenkampfes. (Beifall.)

Gemoll-Essen begründet die Aufforderung an die Fraktion, die gesetzliche Regelung der Pensionsklassen, -tuten und Wohlfahrts-Einrichtungen herbeizuführen. Die Firma Krupp, die jährlich 20 Millionen verdienen, muß diese Einrichtungen aus, um die Arbeiter zu fesseln und ihre Löhne zu drücken. Hoffentlich gelinge es der Partei, diese und andere ebenso geschmeckte Arbeiter von diesen „Wohltaten“ zu befreien. (Wohlfahrter Beifall.)

Bebel bedauert zunächst, daß er infolge der Kommissionsverhandlungen an den Vormittags-Debatte nicht teilnehmen konnte. Zur Sache führt er aus: Wenn

David wirklich gesagt hat, daß man die Kritik der Fraktion einschränken muß, so muß auch ich ihm widersprechen. Die Kritik der Fraktion muß nach dem Organisationsstatut vollkommen frei und gründlich sein. Ich kann mir gar nicht denken, daß David etwas anderes gesagt hat. (Zuruf: Nein, nein!) Ich stelle dann zunächst fest, daß in der Fraktion kein Wort gegen Roskes Rede gesagt worden ist. (Hört! hört!) Roskes Rede war sogar eine gute Jungferrede und hat in vielen Punkten meine Unterstützung und meinen Beifall gefunden. Ich sage das um so lieber, als ich ihm erst jüngst wegen seiner Äußerung über Rosa Luxemburg und anderer Dinge gehörig die Wahrheit gesagt habe. In einigen Stellen der Rede Roskes steht natürlich die Kritik mit Recht ein. Aber wenn Sie an allen Stellen im Parlament dieselbe scharfe Kritik üben, so werden wenige Genossen Gnade vor Ihren Augen finden. (Heiterkeit.) Aber das ist nicht wahr, daß Roske dem Gurratriotismus das Wort gegeben hätte. Man kritisiere, aber man bleibe bei der Wahrheit, man übertreibe nicht! (Rebh. Zustimmung.) Ich verlange eventuell ein Schiedsgericht, um zu prüfen, ob das, was Liebknecht gesagt hat, wahr ist. Roske hat eine ganze Reihe von Gedanken ausgesprochen, die ausgesprochen werden mußten. In meiner diesmaligen Rede habe ich von unserer Stellung zu den auswärtigen Kriegen gar nicht gesprochen, man kann eben nicht immer die alten Gedanken wiederholen, auch wenn sie gut sind. Diese Rede zum Militärretat war übrigens wirklich nicht meine beste Rede, das weiß ich ganz genau, denn darin lasse ich mir kein F für ein U vormachen. (Heiterkeit.) Der Genosse Jettin geht es ja ebenso wie mir; sie hält einmal eine sehr gute Rede und dann 3 bis 4 schlechtere, und dazu gehört auch die heutige, die sie besser gar nicht gehalten hätte. (Heiterkeit.) Meine früheren Reden über die Verteidigung des Vaterlandes haben immer wieder betont, daß wir nicht das Vaterland der Kapitalisten verteidigen, sondern unser Vaterland, weil wir das Land, in dem wir geboren sind, den Boden, auf dem wir wohnen, und die Sprache, die wir sprechen, brauchen, um unser Vaterland zu einem Lande zu machen, wie es vollkommener und schöner in der Welt nicht ist. (Beifall.) Die Scheu vor einem Erkenntnis zum Kriege und die Angst vor ihm ist ja heute bei den herrschenden Klassen größer als je. Ob ein Angriffskrieg oder ein Verteidigungskrieg im Einzelnen vorliegt, ja wenn wir gleichsam gewerkschaftliche Politik das noch nicht beurteilen könnten, das wäre ja traurig. Die Äußerung, daß ich selbst die Platte noch auf dem Buckel nehmen würde (Heiterkeit), habe ich im Hinblick auf einen Krieg mit Rußland getan, den Todfeind jeder Demokratie und Freiheit. Laden Sie nur, ich glaube, ich habe noch die Kraft, die Platte zu tragen, und bald feiern wir den hundertjährigen Geburtstag des Titoler Aufstandes. (Rebh. Bravo und Heiterkeit.) (Die Redezeit ist abgelaufen.) Was notwendig war, haben wir tüchtig gemacht, und in jeder Rede es zu wiederholen, ist nicht nach meinem Geschmack, das bringe ich einfach nicht fertig. (Beifall.)

v. Bollmar-München: Der amtliche Bericht verzeihet hinter Roskes Rede nach fast jedem Satz Beifall bei der sozialdemokratischen Fraktion; sie kann also so sehr nicht gegen die Parteigrundsätze verstoßen haben. Jahrzehnte hindurch haben wir in scharfster Weise unseren Patriotismus gegen den der Bourgeoisie abgegrenzt. Daß man diese Grundzüge in einer Rede nicht wiederholt hat, daraus kann man niemandem einen Strich drehen. Nun hat man, weil man in einzelnen einen Verstoß nicht nachweisen kann, gesagt, daß die „junge Richtung“ nicht gefalle. Ich selbst habe aber gerade in dieser Session namens der Fraktion eine Erklärung über unsere Stellung zu den auswärtigen Konflikten abgegeben, in der Sie alles das mit der größten Schärfe finden, was Sie bei Roske vermissen. Ich unterschreibe also Satz für Satz die Roskeschen Ausführungen und erkläre mir den Widerspruch gegen sie nur aus der Menge von Aerger über die Reichstagswahl, die man nun einzelne Redner auskosten läßt. (Sehr wahr!) — Bollmar wendet sich dann gegen Liebknecht, der gerade mit seiner Propaganda geplatzt hätte, wie schwer es sei, bei dieser Art des Antimilitarismus Vorbeugen zu vermeiden. Liebknecht habe heute schon zu drei Stellen seiner Rede Erklärungen abgegeben müssen, aber die jungen Rekruten in der Kaserne könnten nicht so erklären und unterscheiden wie Juristen. Anfinnig sei z. B. der Vorschlag, die jungen Leute sollten mit einem Draufser in die Kaserne gehen. Dann freilich, wenn die jungen Leute sich selbst signalisierten, spare die Beförderung das Registerehren über die jungen Sozialisten. (Sehr wahr!) Deshalb solle man nicht sagen, daß der Antimilitarismus durch den Clan der Franzosen einen Stoß nach vorwärts erhalten habe. Die deutsche Sozialdemokratie sei im Antimilitarismus den anderen Nationen geradezu vorbildlich gewesen, allerdings nicht in dem Antimilitarismus der großen Worte, sondern dem der Erziehung, daß die jungen Leute sich der Kulturbehalte bewußt werden, sich nicht wie Sklaven behandeln lassen und sich auch im Waffenrock als Bürger fühlen. Auch jedes weitere Stück politischer Macht, das wir erobern, kommt dem Antimilitarismus zugute. Die neue Art des Antimilitarismus aber müssen wir zurückweisen, weil wir sie unmöglich vor den Menschen oder vor der Partei verantworten können. (Starker Beifall.)

Eisner-Nürnberg: Was wir hier behandeln, ist weniger als eine Militärfrage eine Militärfrage. (Heiterkeit.) Denn es kommt hier auf die Musik an, die gemacht worden ist, und auf dem Augenblick, in dem sie gemacht worden sind. Die diesjährigen Reden unserer Vertreter zum Militärretat haben weiten Kreisen der Parteigenossen mißfallen, weil man glaubte, daß in der Nachwirkung des „Niederreitens“ unsere Ideen nicht so scharf betont worden seien, wie dies nötig gewesen wäre. Daß wir Patrioten sind, daß wir die einzig dankbare und logisch mögliche Vaterlandsliebe besitzen, ist so selbstverständlich, daß man das eigentlich nicht aussprechen sollte. Daß so erschein diese Betonung des Selbstverständlichen als ein Akt des Entgegenkommens in dem Nationalisten-Nummel, der zu unserer Wahlmieder-

lage geführt hatte. Dazu kam die außerordentlich hochgespannte auswärtige Situation infolge der Gründung des Mittelmeerbundes. In diesem Augenblick stärkten diese patriotischen Reden die Position der deutschen Regierung und erschwerten den ausländischen Parteigenossen ihren Kampf gegen den Militarismus aufs äußerste. Auf die Meinung der ausländischen Parteigenossen sollte wir den größten Wert legen. Und zum Vorbild für unser Verhalten zum Militarismus sollten wir uns den tapferen und heldenmütigen Kampf der französischen Parteigenossen nehmen, nicht Herbes, sondern der geeigneten Sozialisten, die jetzt wie in jedem Augenblick ohne jede taktische Rücksicht den echten und wahren Patriotismus predigen. (Beifall.)

Dr. David-Mainz: Ich habe Vorbehalt in der Kritik der Reichstagsreden soweit empfohlen, als sie agitatorisch mißlich ist. Einschränkungen oder gar Verbieten will ich die Kritik schon deswegen nicht, damit nicht Stadthagens Reden ganz unkritisiert bleiben. (Heiterkeit.) Ich bestreite ganz entschieden, daß Roskes und Bebel's Reden Mißfallen in weiteren Kreisen hervorgerufen haben. Wir hatten ja schon gründlich und wirksam mit unseren Gegnern aus dem Reichstagswahlkampf abgerechnet, und zwar vor der Militärdebatte. Wenn Eisner die Situation der auswärtigen Politik so ungeeignet für die Reden fand, so ist auch das falsch. Denn Deutschland war in diesen Tagen nicht aggressiv, sondern „eingekreist“. Also hätten wir mit dieser Rede nur friedensfördernd wirken können, indem wir die Idee der entschlossenen Selbstverteidigung laut verkündeten — wenn das nicht alles ununnützes Spintisieren wäre. Ganz abgesehen von jeder Situation bekämpften wir den Militarismus in der Weise und mit der Methode, mit der wir bisher große Erfolge erzielt haben. Dann wird auch auf diesem Gebiet der engstirnige Erfolg nicht ausbleiben. (Beifall.)

Ein erneuter Schlussantrag wird wiederum abgelehnt.

Lebebour-Berlin: Der Fall Roske ist deshalb zu einer brennenden Frage geworden, weil die Chemnitzer Volkstimme sich auf das Rob berufen hat, das bürgerliche Blätter Roske als Vaterpatrioten gepollt haben. (Widerspruch Roskes.) Dazu hätte Roske unter seinen Umständen schweigen dürfen. David hat in seiner Polemik gegen Eisner das Geschwätz der bürgerlichen Presse über angebliche Einreisungspläne Englands und der anderen Staaten Westeuropas und aggressive Absichten gegen Deutschland ernst genommen. Das geht, daß David auch in den Fragen der auswärtigen Politik ganz im bürgerlichen Ideengang befangen ist. (Lachen.) All diese Redereien der bürgerlichen Agenten und Propagandisten sind natürlich reiner Schwindel zur Unterstützung der Weltpolitik der gepanopten Faust. (Rebh. Zustimmung.) Westeuropäer denkt gar nicht an einen Krieg mit Deutschland und deshalb war Roskes Rede ebenso unangebracht wie sachlich töricht. (Beifall.)

Kautsky-Friedenau: Bebel hat mich herausgefordert, mich hier darüber zu äußern, warum wir nicht zwischen Angriffskrieg und Verteidigungskrieg unterscheiden sollen. Das ist nicht immer leicht. Ich glaube, Rußland hat einen Verteidigungskrieg gegen das angreifende Japan geführt. Sollten nun die russischen Proletarier die Pflicht haben, dem Japans gegen die Japaner mit Begeisterung zu Hilfe zu kommen. Die einzige entscheidende Frage ist die, ob der Sieg dieser oder jener Seite, wenn der Krieg einmal ausgebrochen ist, im Interesse der Demokratie und des Proletariats liegt. In Marokko hat jedenfalls das deutsche Proletariat nie ein Interesse, selbst wenn Deutschland dort angegriffen würde. (Rebh. Zustimmung.) Unter keinen Umständen darf es dazu kommen, daß französische und deutsche Proletarier begeißelt ihren Regierungen folgen und sich gegenseitig die Hälfte abjähren. Als die deutschen Heere gegen die französische Republik vorrückten, da war es nicht im proletarischen Interesse, die französische Republik herabzudrücken. Es ist ein Ruhmesblatt für Bebel, das damals sofort erlangt zu haben. (Sehr wahr!) Jedenfalls sind wir mit den französischen Proletariaten viel enger solidarisch verbunden, als mit den deutschen Schatzmachern und Junkern. (Sehr gut.) Die weitgeschichtliche Bedeutung des Stuttgarter Kongresses liegt gerade darin, daß für die Kriegsgefahr die Proletarier der verschiedenen Länder gemeinsame Schritte verabredet haben. (Rebh. Beifall.)

Bebel: Mein Freund Kautsky hat heute sehr unglücklich polemisiert; seine historischen Beispiele waren total verkehrt. (Heiterkeit.) Von den russischen Proletariaten hat doch niemand eine Unterstützung des Japans verlangt und in Marokko kann doch unser deutsches Land nicht angegriffen werden. Kautsky hat ja selbst zugegeben, daß wir beim deutsch-französischen Krieg das Richtige getroffen haben. Sollten wir als ältere und geschulte Leute noch ein solches Ereignis erleben müssen, so werden wir auch schon das Richtige finden, und wenn nicht, wird Kautsky mir schon helfen. (Große Heiterkeit.)

Genke-Bremen: Die Bremer Bürgerzeitung hat schon vor der Leipziger Volkszeitung die Roskesche Rede so energisch getabelt, wie es notwendig war und der Unwillen der Genossen im ganzen Lande es verlangte. (Hört, hört!)

Damit schließt die Debatte. In seinem Schlusswort spricht Subotum seine Befriedigung darüber aus, daß im allgemeinen die Fraktion nur Zustimmung gefunden habe. Die Bedeutung des geringen Einzelstimmes hätte den Zustand einer so langen Diskussion nicht erfordert. (Sehr wahr!)

Nach einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen Kautsky und Roske über die Antwort, die v. Einem auf Roskes Rede gegeben hat, wird der Antrag Kiel mit großer Mehrheit abgelehnt, alle übrigen Anträge der Fraktion als Material überwiesen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über den internationalen Kongress zu Stuttgart. Referent Paul Singer: Der internationale Kongress zu Stuttgart war eine machtvolle impotente Demonstration des Klassenbewußten Proletariats aller Länder. Keiner seiner Teilnehmer wird ihn je vergessen können. (Beifall.) Der Kongress hat fleißige fruchtbar Arbeit geleistet. Wenn die deutsche Delegation 2 Monate lang

Vertical text on the left margin, including various small notices and advertisements.

Vertical text on the right margin, including various small notices and advertisements.

... hat, so behauere ich, daß man ihr dafür falsche Motive unterstellen konnte. (Sehr gut!) Die angenommenen Beschlüsse zur Frage Partei und Gewerkschaften sind wertvolle Richtlinien für alle Parteien, ebenso die über das Frauenstimmrecht und die Ein- und Auswanderung. Die Resolution zur Kolonialfrage hat die Differenzen geführt, die aber mehr ein Streit um Worte waren als um Begriffe. (Sehr wahr!) Die jetzige Einleitung der Kolonialresolution entspricht genau der Resolution des Deutschen Parteitages zu Mainz (hört! hört!), auf deren Standpunkt alle Parteigenossen stehen; wir müssen die Kolonialpolitik des Kapitalismus energisch und rücksichtslos bekämpfen. (Sehr wahr!)

Genossin Baader berichtet über den Verlauf der dem Stuttgarter Kongresse vorangegangenen internationalen Frauenkonferenz, die ein gut Stück Arbeit geleistet hat und das nicht so übergegangen werden darf, wie es hier bisher geschehen ist.

Wagner-Wilhelmschaden: Bei uns in der Kriegshafenstadt der Nordsee sind in bezug auf die Kolonialfrage in etwas anderer Lage als im Binnenlande. Wilhelmshaven verbannt seine Entscheidung der Flottenpolitik, die Bürgerlichen sagen das unseren Arbeiter fortwährend. Trotzdem sind wir prinzipiell gegen die Kolonialpolitik aufgetreten und die Arbeiter haben uns verstanden. Nur der prinzipielle Kampf kann nutzen, das haben die letzten Wahlen gezeigt, denn wir hatten eine große Stimmzunahme. Freilich die Regierung kommt uns zu Hilfe. Sie zeigt gerade der Wilhelmshavener Arbeitern, wohin das Geld, was die Kolonialpolitik kostet, eigentlich fließt, daß die deutschen Arbeiter nichts davon haben. Dori betreibt die Firma Holmann ihr Geschäft mit gelähmten und italienischen Arbeitern und den elendesten Löhnen. Die Arbeiter wenden sich infolge dieses Geschäftsgebührens von der Kolonialpolitik ab.

Bebel-Berlin: Ich habe weder in der deutschen Delegation noch im Plenum den Verhandlungen über die Kolonialpolitik beimohnen können. Ich bin aber in dem Streite von beiden Seiten so häufig zitiert worden, daß ich wider meinen Willen genötigt bin, das Wort zu ergreifen. Ich glaube, daß wir gar keine ersten Differenzen über die Kolonialpolitik haben und daß man in der Kommission des internationalen Kongresses leicht eine Form hätte finden können, die alle befriedigte. (Sehr wahr!) Denn die Frage, ob wir eine sozialistische Kolonialpolitik treiben können, brauchen wir gar nicht zu erörtern, weil es die reine Zukunftsmusik und ein Streit um Kaiser's Part ist. (Lebh. Zustimmung.) Was wir mit unseren Kolonien machen, wenn wir in Deutschland zur Herrschaft kommen, weiß ich wirklich nicht. (Geht er fort.) Der Streit um die „sozialistische Kolonialpolitik“ lohnt nicht die Zeit und das Papier, das dabei vergeudet worden ist. (Lachend.) Das habe ich in der Kommission gesagt. Um so schlimmer, daß Sie dann nachher zur Förderung des Streits beigetragen haben. In meiner bekannten Reichstagsrede habe ich die schärfsten Angriffe gegen die deutsche Kolonialpolitik, ihr Raub-, Mord- und Unterdrückungssystem erhoben, das wir unter allen Umständen bekämpfen, und dann hinzugefügt, daß die Kolonialpolitik an sich kein Verbrechen sei, sondern unter Umständen eine Kulturarbeit. Aber natürlich hat kein Parteigenosse daran denken können, daß die bürgerliche Gesellschaft eine solche Kolonialpolitik treiben würde. Sonst hätte ich in diesem Kolonialprogramm jedes Wort aufrecht. Was wir an Kongressionen und Verbesserungen für die Eingeborenen erreichen können, nehmen wir mit. Ledebour hat in einer Berliner Versammlung gesagt, ich sei kein Papst. (Geht er fort.) Dafür werde ich mich auch ganz entschieden bekennen, denn der Papst der Sozialdemokratie trägt eine wahre Dornenkrone. (Große anhaltende Heiterkeit.) Aber Ledebour selbst hat den im Reichstag angenommenen Antrag eingebracht, daß man den Eingeborenen in Südwesafrika ihr Land wieder

geben sollte. Wir werden also weiter, die Creuel der deutschen Kolonialpolitik an den Pranger stellen und gemäß unserem Parteiprogramm auch praktische Vorschläge machen, um das Los der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu erleichtern. Alles darüber hinaus ist unnützlich Kopfzerbrechen. (Starker anhaltender Beifall.) Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch Vormittag vertagt.

Resolution zur Alkoholfrage.

Die Gefahren des Alkoholgenußes sind mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise für die arbeitende Bevölkerung gewachsen.

Dieselben Bedingungen, die auf deren allgemeine Verelendung hinwirken, haben auch den Anreiz zum übermäßigen Alkoholgenuß und damit dessen Schädlichkeit gesteigert: die Ueberanstrengung, die ungenügenden Löhne und die ungesunden Wohn- und Arbeitsstätten.

Durch wirtschaftliche und soziale Mißstände wird den Arbeitern ein zu häufiger Genuß von Alkohol aufgegeben und angewöhnt.

Diese Gewöhnung hat aber nur zur Folge, daß auch wenn diese primäre, wirtschaftliche Veranlassung zum übermäßigen Alkoholgenuß geschwunden ist, ihm oft nicht mehr entsagt werden kann.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen den Alkoholgenuß als die vom Volke verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angelegentlichsten Willen des Trinker's brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessensvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Raften für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteile erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des übermäßigen Alkoholgenußes können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuererlasse eingedämmt oder gar beseitigt werden.

Trunkstichgesetze zur Bestrafung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmegesetze gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunkstichige ist wie jeder andere Kranke dem Arzte, nicht dem Strafrichter zu überantworten und aus öffentlichen Mitteln ist für ausreichende Heilstätten für Trunkstichige unter ärztlicher Leitung zu sorgen.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spiritusverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Öffentlichkeit des Wirtschaftens in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündern sie gerade die ärmsten Schichten, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholfahrt fordert der Parteitag:

Herabsetzung der Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden, Verbot der Nachtarbeit, genügende Ruhepausen während der Arbeit, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuern den indirekten Steuern sowie des Boden- und Wohnungsdrucks.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechenden den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages über

Vollherziehung, eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Besshallen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Anhang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen.

Ausföhrung durch Wort und Schrift über die Alkoholfahrt, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Erntstätten. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Den allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholfahrt führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Massenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Kaufe Vergessenheit und Genuß zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genuß, Erholung und Freude zu finden.

Emanuel Baum.

Hus der Partei.

P. Baden-Baden, 17. Sept. In der gestern Abend abgehaltenen Parteiverammlung sprach Gen. Max P. Loß über den internationalen Kongress in Stuttgart. In der Diskussion sprach Gen. P. zur Kolonialfrage, der Ein- und Auswanderung und meinte, daß sich in manchen Punkten Theorie und Praxis nicht decken.

Der Vorstehende erklärte die Parteigenossen im Hinblick auf den Quartalswechsel, mit dem gleichzeitig eine Vergrößerung des Volksfreunds eintritt, recht herzlich neue Abonnenten zu werden.

Indem der Ausflug nach Gollendbach am letzten Sonntag infolge der regnerischen Witterung nicht stattfinden konnte, wird derselbe am Sonntag den 22. September bei günstiger Witterung stattfinden. Abmarsch halb 2 Uhr vom Theater.

Schopfheim. Wir machen die Parteigenossen auf die am Samstag 21. September, abends halb 9 Uhr im Kranz stattfindende Mitgliederversammlung besonders aufmerksam. Es ist zu erwarten, daß sich unsere Mitglieder mit Eintritt der kalten Jahreszeit, wieder mehr daran gewöhnen, in unsern Versammlungen zu erscheinen. Seit 4 Wochen haben unsere regelmäßigen Gelangsbroschen begonnen. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich die Gewerkschaftler und Genossen von Schopfheim und Bagnau noch etwas reger daran beteiligen. Die Gelangsbroschen finden im Monat September jeden Freitag im Brief in Bagnau statt, im Oktober bei Post (Bierhalle) in Schopfheim. Alle stimmbegabten organisierten Arbeiter sind willkommen. Auf 1. Oktober findet eine Hausgenossenschaft für den Volksfreund statt; der nun bald in vergrößerter Umfang erscheint. In der kommenden Versammlung werden die einleitenden Schritte unternommen. Komme deshalb jeder am Samstag ins Lokal zum Kranz, damit der Erfolg ein ganzer ist. Volksfreundlicher und Gewerkschaftlicher sein willkommen.

Gen. Max P. Loß in Freiburg. Seit 3 Wochen stehen die Arbeiter und Kolleginnen fest im Kampf. Die Zahl der Streikenden vermindert sich fortwährend, auch die Segener Arbeiter schließen sich in der Weizahl den Streikenden an, so daß die Zahl derselben 50 übersteigen hat. In Weizahl sind nach dieser Richtung hin ebenfalls herabgesetzte Aussichten vorhanden und so dürfte der Kampf doch wohl zur Ansicht gelangen, daß es besser ist, eine Unterhandlung anzubahnen, um den Streik durch Zugeständnisse beizulegen. Die Arbeiter und auch die Organisation sind vor wie nach zur Unterhandlung bereit und liegt es nur an der Firma, ob Friede oder Krieg bestehen soll. Auch in den Mäulen steht es recht hoffentlich für die Kollegen und Kolleginnen in Bezug der Löhne und der Behandlung aus, wie in einer gut beendeten Versammlung am 15. September festgesetzt wurde. Die Löhne sind in C. u. durchgängig um 20-40 Pf. pro Woche niedriger bei den gleichen Sotzen, wie in Denalungen. Außerdem leben die Arbeiter wie im Gefängnis, sie dürfen während der Arbeitszeit nicht zu einander

sprechen. Der Meister Ad. Köhling, soll ein ganz besonders glücklicher Mensch sein. Als die Arbeit in Denalungen niedergelegt wurde, drohte er den Arbeitern und Arbeiterinnen an, daß wenn sich der Kampf im Betrieb jemand machen würde, er sofort entlassen und das Los würde für ihn zugewandt. Trotz diesen Androhungen schlossen sich die Arbeiterinnen den Streikenden an, weil eben die Verhältnisse unerträglich geworden sind und eine Abhilfe am Plage ist.

Nachdem die Arbeit eingestellt war, bediente sich die Firma ebenfalls wieder der Herinndat. Der Betriebspolizeibeamte wurde von Haus zu Haus nach den Streikenden gesucht, und er drohte den Arbeiterinnen Strafe und Scharferigkeit an, falls sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Firma scheint es ganz besonders auf die Hilfe der Volksgenossen abgesehen zu haben, genau wie in Freiburg und Denalungen. Wir müssen uns diese Volksgenossen verdienen und verdienen hierbei auf das ungleich günstigste Koalitionsrecht. Wie fragen abermals an, ob dieses Eingreifen auf höhere Anweisung geschieht. Der Firma möchten wir erklären, daß alle diese Verhältnisse nichts nützen und nur dazu angetan sind, unter den Streikenden Erbitterung hervorzurufen. Eine Aufbesserung der Löhne allein, wird das Ende des Streits herbeiführen und nichts anderes.

... hat, so behauere ich, daß man ihr dafür falsche Motive unterstellen konnte. (Sehr gut!) Die angenommenen Beschlüsse zur Frage Partei und Gewerkschaften sind wertvolle Richtlinien für alle Parteien, ebenso die über das Frauenstimmrecht und die Ein- und Auswanderung. Die Resolution zur Kolonialfrage hat die Differenzen geführt, die aber mehr ein Streit um Worte waren als um Begriffe. (Sehr wahr!) Die jetzige Einleitung der Kolonialresolution entspricht genau der Resolution des Deutschen Parteitages zu Mainz (hört! hört!), auf deren Standpunkt alle Parteigenossen stehen; wir müssen die Kolonialpolitik des Kapitalismus energisch und rücksichtslos bekämpfen. (Sehr wahr!)

Genossin Baader berichtet über den Verlauf der dem Stuttgarter Kongresse vorangegangenen internationalen Frauenkonferenz, die ein gut Stück Arbeit geleistet hat und das nicht so übergegangen werden darf, wie es hier bisher geschehen ist.

Wagner-Wilhelmschaden: Bei uns in der Kriegshafenstadt der Nordsee sind in bezug auf die Kolonialfrage in etwas anderer Lage als im Binnenlande. Wilhelmshaven verbannt seine Entscheidung der Flottenpolitik, die Bürgerlichen sagen das unseren Arbeiter fortwährend. Trotzdem sind wir prinzipiell gegen die Kolonialpolitik aufgetreten und die Arbeiter haben uns verstanden. Nur der prinzipielle Kampf kann nutzen, das haben die letzten Wahlen gezeigt, denn wir hatten eine große Stimmzunahme. Freilich die Regierung kommt uns zu Hilfe. Sie zeigt gerade der Wilhelmshavener Arbeitern, wohin das Geld, was die Kolonialpolitik kostet, eigentlich fließt, daß die deutschen Arbeiter nichts davon haben. Dori betreibt die Firma Holmann ihr Geschäft mit gelähmten und italienischen Arbeitern und den elendesten Löhnen. Die Arbeiter wenden sich infolge dieses Geschäftsgebührens von der Kolonialpolitik ab.

Bebel-Berlin: Ich habe weder in der deutschen Delegation noch im Plenum den Verhandlungen über die Kolonialpolitik beimohnen können. Ich bin aber in dem Streite von beiden Seiten so häufig zitiert worden, daß ich wider meinen Willen genötigt bin, das Wort zu ergreifen. Ich glaube, daß wir gar keine ersten Differenzen über die Kolonialpolitik haben und daß man in der Kommission des internationalen Kongresses leicht eine Form hätte finden können, die alle befriedigte. (Sehr wahr!) Denn die Frage, ob wir eine sozialistische Kolonialpolitik treiben können, brauchen wir gar nicht zu erörtern, weil es die reine Zukunftsmusik und ein Streit um Kaiser's Part ist. (Lebh. Zustimmung.) Was wir mit unseren Kolonien machen, wenn wir in Deutschland zur Herrschaft kommen, weiß ich wirklich nicht. (Geht er fort.) Der Streit um die „sozialistische Kolonialpolitik“ lohnt nicht die Zeit und das Papier, das dabei vergeudet worden ist. (Lachend.) Das habe ich in der Kommission gesagt. Um so schlimmer, daß Sie dann nachher zur Förderung des Streits beigetragen haben. In meiner bekannten Reichstagsrede habe ich die schärfsten Angriffe gegen die deutsche Kolonialpolitik, ihr Raub-, Mord- und Unterdrückungssystem erhoben, das wir unter allen Umständen bekämpfen, und dann hinzugefügt, daß die Kolonialpolitik an sich kein Verbrechen sei, sondern unter Umständen eine Kulturarbeit. Aber natürlich hat kein Parteigenosse daran denken können, daß die bürgerliche Gesellschaft eine solche Kolonialpolitik treiben würde. Sonst hätte ich in diesem Kolonialprogramm jedes Wort aufrecht. Was wir an Kongressionen und Verbesserungen für die Eingeborenen erreichen können, nehmen wir mit. Ledebour hat in einer Berliner Versammlung gesagt, ich sei kein Papst. (Geht er fort.) Dafür werde ich mich auch ganz entschieden bekennen, denn der Papst der Sozialdemokratie trägt eine wahre Dornenkrone. (Große anhaltende Heiterkeit.) Aber Ledebour selbst hat den im Reichstag angenommenen Antrag eingebracht, daß man den Eingeborenen in Südwesafrika ihr Land wieder

geben sollte. Wir werden also weiter, die Creuel der deutschen Kolonialpolitik an den Pranger stellen und gemäß unserem Parteiprogramm auch praktische Vorschläge machen, um das Los der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu erleichtern. Alles darüber hinaus ist unnützlich Kopfzerbrechen. (Starker anhaltender Beifall.) Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Mittwoch Vormittag vertagt.

Die bürgerlichen Alkoholgegner stellen den Alkoholgenuß als die vom Volke verschuldete Ursache seiner Not hin und lenken damit — zum Teil nicht ohne Absicht — die Aufmerksamkeit von dessen ursprünglichen wirtschaftlichen und sozialen Ursachen ab, während sie andererseits durch Zwangs- und Strafgesetze den angelegentlichsten Willen des Trinker's brechen wollen, so daß er doppelt büßen muß, was die herrschenden Zustände verschulden.

Der Kapitalismus und der Staat als sein Interessensvertreter haben an der Beseitigung des Alkoholismus nur insoweit Interesse, als sie durch die Raften für seine Opfer und deren verminderte Arbeitsfähigkeit Nachteile erleiden.

Der Parteitag erklärt: Die Schäden des übermäßigen Alkoholgenußes können weder durch Zwangs- und Strafgesetze noch durch Steuererlasse eingedämmt oder gar beseitigt werden.

Trunkstichgesetze zur Bestrafung der Trunkenen sind nichts als Ausnahmegesetze gegen die ärmere Bevölkerung, da sich die reichere ihnen leicht entziehen kann. Der Trunkstichige ist wie jeder andere Kranke dem Arzte, nicht dem Strafrichter zu überantworten und aus öffentlichen Mitteln ist für ausreichende Heilstätten für Trunkstichige unter ärztlicher Leitung zu sorgen.

Die Beschränkung der Gastwirtschaften wie des Spiritusverkaufs würde den Alkoholmißbrauch nur aus der Öffentlichkeit des Wirtschaftens in die Heimlichkeit der Wohnung treiben.

Die Besteuerung der leichten alkoholischen Getränke (Bier, Wein, Obstwein) steigert infolge deren Verteuerung nur den Verbrauch von Branntwein. Je höher aber die Steuer auf Branntwein ist, um so mehr plündern sie gerade die ärmsten Schichten, da sie seinen Verbrauch nur ganz unwesentlich einschränkt.

Zur Bekämpfung der Alkoholfahrt fordert der Parteitag:

Herabsetzung der Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden, Verbot der Nachtarbeit, genügende Ruhepausen während der Arbeit, durchgreifende gewerbliche Hygiene der Werkstätten und Arbeitsmethoden, Schutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen, ausreichende Löhne, Beseitigung aller die Lebenshaltung verteuern den indirekten Steuern sowie des Boden- und Wohnungsdrucks.

Hebung der öffentlichen Erziehung durch Umgestaltung und Erweiterung des Schulwesens, entsprechenden den Beschlüssen des Mannheimer Parteitages über

Vollherziehung, eine durchgreifende Wohnungsreform, Erholungsstätten, Volkshäuser und Besshallen.

Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, jeden Anhang zum Genuß alkoholischer Getränke bei ihren Zusammenkünften zu beseitigen.

Ausföhrung durch Wort und Schrift über die Alkoholfahrt, insbesondere für Kinder und Jugendliche, und die zum Alkoholmißbrauch verleitenden Erntstätten. Kinder müssen vom Alkoholgenuß unbedingt ferngehalten werden.

Den allein wirksamen Kampf gegen die Alkoholfahrt führen die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Massenbewußten Arbeiterschaft, indem sie deren wirtschaftliche Lage verbessern, und sie lehren, statt im Kaufe Vergessenheit und Genuß zu suchen, im Kampfe gegen den Kapitalismus zur Befreiung von Verelendung und Unterdrückung Genuß, Erholung und Freude zu finden.

Emanuel Baum.

Hus der Partei.

P. Baden-Baden, 17. Sept. In der gestern Abend abgehaltenen Parteiverammlung sprach Gen. Max P. Loß über den internationalen Kongress in Stuttgart. In der Diskussion sprach Gen. P. zur Kolonialfrage, der Ein- und Auswanderung und meinte, daß sich in manchen Punkten Theorie und Praxis nicht decken.

Der Vorstehende erklärte die Parteigenossen im Hinblick auf den Quartalswechsel, mit dem gleichzeitig eine Vergrößerung des Volksfreunds eintritt, recht herzlich neue Abonnenten zu werden.

Indem der Ausflug nach Gollendbach am letzten Sonntag infolge der regnerischen Witterung nicht stattfinden konnte, wird derselbe am Sonntag den 22. September bei günstiger Witterung stattfinden. Abmarsch halb 2 Uhr vom Theater.

Schopfheim. Wir machen die Parteigenossen auf die am Samstag 21. September, abends halb 9 Uhr im Kranz stattfindende Mitgliederversammlung besonders aufmerksam. Es ist zu erwarten, daß sich unsere Mitglieder mit Eintritt der kalten Jahreszeit, wieder mehr daran gewöhnen, in unsern Versammlungen zu erscheinen. Seit 4 Wochen haben unsere regelmäßigen Gelangsbroschen begonnen. Es wäre sehr zu wünschen, daß sich die Gewerkschaftler und Genossen von Schopfheim und Bagnau noch etwas reger daran beteiligen. Die Gelangsbroschen finden im Monat September jeden Freitag im Brief in Bagnau statt, im Oktober bei Post (Bierhalle) in Schopfheim. Alle stimmbegabten organisierten Arbeiter sind willkommen. Auf 1. Oktober findet eine Hausgenossenschaft für den Volksfreund statt; der nun bald in vergrößerter Umfang erscheint. In der kommenden Versammlung werden die einleitenden Schritte unternommen. Komme deshalb jeder am Samstag ins Lokal zum Kranz, damit der Erfolg ein ganzer ist. Volksfreundlicher und Gewerkschaftlicher sein willkommen.

Gen. Max P. Loß in Freiburg. Seit 3 Wochen stehen die Arbeiter und Kolleginnen fest im Kampf. Die Zahl der Streikenden vermindert sich fortwährend, auch die Segener Arbeiter schließen sich in der Weizahl den Streikenden an, so daß die Zahl derselben 50 übersteigen hat. In Weizahl sind nach dieser Richtung hin ebenfalls herabgesetzte Aussichten vorhanden und so dürfte der Kampf doch wohl zur Ansicht gelangen, daß es besser ist, eine Unterhandlung anzubahnen, um den Streik durch Zugeständnisse beizulegen. Die Arbeiter und auch die Organisation sind vor wie nach zur Unterhandlung bereit und liegt es nur an der Firma, ob Friede oder Krieg bestehen soll. Auch in den Mäulen steht es recht hoffentlich für die Kollegen und Kolleginnen in Bezug der Löhne und der Behandlung aus, wie in einer gut beendeten Versammlung am 15. September festgesetzt wurde. Die Löhne sind in C. u. durchgängig um 20-40 Pf. pro Woche niedriger bei den gleichen Sotzen, wie in Denalungen. Außerdem leben die Arbeiter wie im Gefängnis, sie dürfen während der Arbeitszeit nicht zu einander

sprechen. Der Meister Ad. Köhling, soll ein ganz besonders glücklicher Mensch sein. Als die Arbeit in Denalungen niedergelegt wurde, drohte er den Arbeitern und Arbeiterinnen an, daß wenn sich der Kampf im Betrieb jemand machen würde, er sofort entlassen und das Los würde für ihn zugewandt. Trotz diesen Androhungen schlossen sich die Arbeiterinnen den Streikenden an, weil eben die Verhältnisse unerträglich geworden sind und eine Abhilfe am Plage ist.

Nachdem die Arbeit eingestellt war, bediente sich die Firma ebenfalls wieder der Herinndat. Der Betriebspolizeibeamte wurde von Haus zu Haus nach den Streikenden gesucht, und er drohte den Arbeiterinnen Strafe und Scharferigkeit an, falls sie die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die Firma scheint es ganz besonders auf die Hilfe der Volksgenossen abgesehen zu haben, genau wie in Freiburg und Denalungen. Wir müssen uns diese Volksgenossen verdienen und verdienen hierbei auf das ungleich günstigste Koalitionsrecht. Wie fragen abermals an, ob dieses Eingreifen auf höhere Anweisung geschieht. Der Firma möchten wir erklären, daß alle diese Verhältnisse nichts nützen und nur dazu angetan sind, unter den Streikenden Erbitterung hervorzurufen. Eine Aufbesserung der Löhne allein, wird das Ende des Streits herbeiführen und nichts anderes.

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.

Einladung

zu der am Samstag den 21. September, abends 8 Uhr, im großen Saale der Festhalle stattfindenden

Herbstfeier

bestehend in Vokal- und Instrumentalkonzert, turnerischen Aufführungen, sowie komischen Vorträgen.

Festrede

gehalten vom Reichs- und Landtagsabgeordneten Adolf Beck.

Mitwirkende: Freie Turnerschaft Karlsruhe, Sängerkartell Karlsruhe, Komiker Eder und die Kapelle A. Hoffmann.

Nach Schluß des Programms **großer Ball.**

Eintritt à Person 25 Pfg.

Verkaufsstellen für Programme im Vorverkauf:
 Restauration **Möhrlein**, Kaiserstraße 13; Restauration **Lutz**, Durlacherstraße; Restauration **Schaußberger**, Ruppurrerstraße; **Auerhahn**, Schützenstraße; **Deutsche Eiche**, Angartenstraße; **Palme**, Lessingstraße;
Rheinkanal, Mühlburg; Zigarrengeschäfte **Kurzmann**, Ruppurrerstraße und **Kehret**, Schützenstraße; **Arbeitersekretariat**, Kurvenstraße 19; **Expedition d. Volksfreund**, Luisenstraße 24.

Erfinder!

10000 Mk. und mehr, und hoher Gewinnanteil werden für gute Erfindungen oder Ideen ausbezahlt. Alle Verbesserungen, Erfindungen und Klaffschilde kostenlos gegen 20 Pfg. Postmarken.

Bayers Patent-Ingenieur-Bureau Karlsruhe,
 Ecke Süßlich- und Kriegstraße.
 Telefon 2440.

Doppelte Rabattmarken
 auf hochfeine, gebrannte

Kaffees,

stets frisch geröstet.

Flachkaffee per Pfd. 1.20, 1.60, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50, 4.00, 4.50, 5.00, 5.50, 6.00, 6.50, 7.00, 7.50, 8.00, 8.50, 9.00, 9.50, 10.00, 10.50, 11.00, 11.50, 12.00, 12.50, 13.00, 13.50, 14.00, 14.50, 15.00, 15.50, 16.00, 16.50, 17.00, 17.50, 18.00, 18.50, 19.00, 19.50, 20.00, 20.50, 21.00, 21.50, 22.00, 22.50, 23.00, 23.50, 24.00, 24.50, 25.00, 25.50, 26.00, 26.50, 27.00, 27.50, 28.00, 28.50, 29.00, 29.50, 30.00, 30.50, 31.00, 31.50, 32.00, 32.50, 33.00, 33.50, 34.00, 34.50, 35.00, 35.50, 36.00, 36.50, 37.00, 37.50, 38.00, 38.50, 39.00, 39.50, 40.00, 40.50, 41.00, 41.50, 42.00, 42.50, 43.00, 43.50, 44.00, 44.50, 45.00, 45.50, 46.00, 46.50, 47.00, 47.50, 48.00, 48.50, 49.00, 49.50, 50.00, 50.50, 51.00, 51.50, 52.00, 52.50, 53.00, 53.50, 54.00, 54.50, 55.00, 55.50, 56.00, 56.50, 57.00, 57.50, 58.00, 58.50, 59.00, 59.50, 60.00, 60.50, 61.00, 61.50, 62.00, 62.50, 63.00, 63.50, 64.00, 64.50, 65.00, 65.50, 66.00, 66.50, 67.00, 67.50, 68.00, 68.50, 69.00, 69.50, 70.00, 70.50, 71.00, 71.50, 72.00, 72.50, 73.00, 73.50, 74.00, 74.50, 75.00, 75.50, 76.00, 76.50, 77.00, 77.50, 78.00, 78.50, 79.00, 79.50, 80.00, 80.50, 81.00, 81.50, 82.00, 82.50, 83.00, 83.50, 84.00, 84.50, 85.00, 85.50, 86.00, 86.50, 87.00, 87.50, 88.00, 88.50, 89.00, 89.50, 90.00, 90.50, 91.00, 91.50, 92.00, 92.50, 93.00, 93.50, 94.00, 94.50, 95.00, 95.50, 96.00, 96.50, 97.00, 97.50, 98.00, 98.50, 99.00, 99.50, 100.00, 100.50, 101.00, 101.50, 102.00, 102.50, 103.00, 103.50, 104.00, 104.50, 105.00, 105.50, 106.00, 106.50, 107.00, 107.50, 108.00, 108.50, 109.00, 109.50, 110.00, 110.50, 111.00, 111.50, 112.00, 112.50, 113.00, 113.50, 114.00, 114.50, 115.00, 115.50, 116.00, 116.50, 117.00, 117.50, 118.00, 118.50, 119.00, 119.50, 120.00, 120.50, 121.00, 121.50, 122.00, 122.50, 123.00, 123.50, 124.00, 124.50, 125.00, 125.50, 126.00, 126.50, 127.00, 127.50, 128.00, 128.50, 129.00, 129.50, 130.00, 130.50, 131.00, 131.50, 132.00, 132.50, 133.00, 133.50, 134.00, 134.50, 135.00, 135.50, 136.00, 136.50, 137.00, 137.50, 138.00, 138.50, 139.00, 139.50, 140.00, 140.50, 141.00, 141.50, 142.00, 142.50, 143.00, 143.50, 144.00, 144.50, 145.00, 145.50, 146.00, 146.50, 147.00, 147.50, 148.00, 148.50, 149.00, 149.50, 150.00, 150.50, 151.00, 151.50, 152.00, 152.50, 153.00, 153.50, 154.00, 154.50, 155.00, 155.50, 156.00, 156.50, 157.00, 157.50, 158.00, 158.50, 159.00, 159.50, 160.00, 160.50, 161.00, 161.50, 162.00, 162.50, 163.00, 163.50, 164.00, 164.50, 165.00, 165.50, 166.00, 166.50, 167.00, 167.50, 168.00, 168.50, 169.00, 169.50, 170.00, 170.50, 171.00, 171.50, 172.00, 172.50, 173.00, 173.50, 174.00, 174.50, 175.00, 175.50, 176.00, 176.50, 177.00, 177.50, 178.00, 178.50, 179.00, 179.50, 180.00, 180.50, 181.00, 181.50, 182.00, 182.50, 183.00, 183.50, 184.00, 184.50, 185.00, 185.50, 186.00, 186.50, 187.00, 187.50, 188.00, 188.50, 189.00, 189.50, 190.00, 190.50, 191.00, 191.50, 192.00, 192.50, 193.00, 193.50, 194.00, 194.50, 195.00, 195.50, 196.00, 196.50, 197.00, 197.50, 198.00, 198.50, 199.00, 199.50, 200.00, 200.50, 201.00, 201.50, 202.00, 202.50, 203.00, 203.50, 204.00, 204.50, 205.00, 205.50, 206.00, 206.50, 207.00, 207.50, 208.00, 208.50, 209.00, 209.50, 210.00, 210.50, 211.00, 211.50, 212.00, 212.50, 213.00, 213.50, 214.00, 214.50, 215.00, 215.50, 216.00, 216.50, 217.00, 217.50, 218.00, 218.50, 219.00, 219.50, 220.00, 220.50, 221.00, 221.50, 222.00, 222.50, 223.00, 223.50, 224.00, 224.50, 225.00, 225.50, 226.00, 226.50, 227.00, 227.50, 228.00, 228.50, 229.00, 229.50, 230.00, 230.50, 231.00, 231.50, 232.00, 232.50, 233.00, 233.50, 234.00, 234.50, 235.00, 235.50, 236.00, 236.50, 237.00, 237.50, 238.00, 238.50, 239.00, 239.50, 240.00, 240.50, 241.00, 241.50, 242.00, 242.50, 243.00, 243.50, 244.00, 244.50, 245.00, 245.50, 246.00, 246.50, 247.00, 247.50, 248.00, 248.50, 249.00, 249.50, 250.00, 250.50, 251.00, 251.50, 252.00, 252.50, 253.00, 253.50, 254.00, 254.50, 255.00, 255.50, 256.00, 256.50, 257.00, 257.50, 258.00, 258.50, 259.00, 259.50, 260.00, 260.50, 261.00, 261.50, 262.00, 262.50, 263.00, 263.50, 264.00, 264.50, 265.00,